



Innenausschuss

48. Sitzung (öffentlich)

7. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt überein, die bisherigen Tagesordnungspunkte 11 „Rechtsextreme Drohbriebe – Aktivitäten der verbotenen rechtsextremen Organisation „Blood & Honour“, und 12 „Sprengstoffdrohung gegen das Rathaus der Stadt Köln“ zusammen zu beraten.

- 1 Dringliche Anfrage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])**

8

in Verbindung mit:

Dringliche Anfrage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (*Ergänzungsvorlage*)
Vorlage 17/2363
Vorlage 17/2435
Vorlage 17/2598
Vorlage 17/2599
Vorlage 17/2600
Vorlage 17/2602

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem unveränderten Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

3 Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6611 – Neudruck

Ausschussprotokoll 17/744

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

- 4 Ist nach dem Anschlag von Halle eine Neubewertung der Sicherheit und des Schutzes jüdischer Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen erforderlich?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **17**
in Verbindung mit
Terroranschlag in Halle mit NRW-Bezug? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*
Vorlage 17/2638
Vorlage 17/2643
vertrauliche Vorlage 17/80
– Wortbeiträge
- 5 Welchen Bezug hatte der mutmaßliche Straftäter von Limburg zu Nordrhein-Westfalen?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **18**
Vorlage 17/2635
– keine Wortbeiträge
- 6 Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Überarbeitung des Orientierungsrahmens für die Durchführung von Veranstaltungen?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **19**
Vorlage 17/2639
– Wortbeiträge
- 7 Welche Mengen an Drogen wurden bei den Razzien zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität sichergestellt?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **21**
Vorlage 17/2636
– Wortbeiträge
- 8 Schüsse auf eine Shisha-Bar in der Stadt Bergisch Gladbach** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])* **22**
Vorlage 17/2637
– Wortbeiträge

- 9 Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der türkischen Militäroffensive in Nordsyrien die von IS-Rückkehrern ausgehenden Gefährdungen?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])* **23**

Vorlage 17/2640

– Wortbeiträge

- 10 Versammlungen, Demonstrationen und Ereignisse in Nordrhein-Westfalen aus Anlass des türkischen Vorgehens in Nordsyrien** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage 7])* **24**

in Verbindung mit:

Wie bewertet die Landesregierung die Warnung des Kölner Polizeipräsidenten vor möglichen Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Demonstration gegen den türkischen Militäreinsatz in Nordsyrien, die am 19.10.2019 in Köln stattfand? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

in Verbindung mit:

Demonstrationen vom 19. Oktober 2019 in Köln gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch der türkischen Armee in Nord-Syrien *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*

in Verbindung mit:

Bürgerkrieg zwischen Türken und Kurden auf deutschen Straßen? *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9])*

Vorlage 17/2644

– Wortbeiträge

- 11 Wie ist die Situation beim Fachpersonal für die Rettungsdienste?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])* **27**

Vorlage 17/2645

– keine Wortbeiträge

- 12 Rechtsextreme Drohbriefe – Aktivitäten der verbotenen rechtsextremen Organisation „Blood & Honour“** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **28**
- Vorlage 17/2630
- in Verbindung mit:
- 13 Sprengstoffdrohung gegen das Rathaus der Stadt Köln** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])*
- Vorlage 17/2654
- Wortbeiträge
- 14 Eröffnung eines „Thor Steinar“-Ladens in Dortmund** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **29**
- Vorlage 17/2634
- Wortbeiträge
- 15 Wöchentliche Demonstrationen von „Die Rechte“ in Dortmund** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **30**
- Vorlage 17/2631
- Wortbeiträge
- 16 Erkenntnisse des Auswerteschwerpunktes RUHR (Strukturierte Verbindungen zwischen Rechten, Ultras, Hooligans und Rockern in NRW)** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **31**
- Vorlage 17/2633
- Wortbeiträge
- 17 Bekämpfung organisierter Kriminalität in NRW** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **33**
- Vorlage 17/2632
- Wortbeiträge

- 18 Die „Grauen Wölfe“ in NRW** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **34**
Vorlage 17/2652
– Wortbeiträge
- 19 Säureanschlag auf Innogy-Finanzvorstand** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **36**
Vorlage 17/2642
– keine Wortbeiträge
- 20 Drogen, Abfall und Verwahrlosung – Wie bewertet die Landesregierung die Sicherheitslage am Bielefelder Kesselbrink** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **37**
Vorlage 17/2651
– Wortbeiträge
- 21 Abschiebung einer libanesischen Familie eskaliert – SEK muss anrücken** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 9]*) **38**
Vorlage 17/2641
– Wortbeiträge
- 22 Verschiedenes** **39**
– Wortbeiträge

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)
Vorlage 17/2363
Vorlage 17/2435
Vorlage 17/2598
Vorlage 17/2599
Vorlage 17/2600
Vorlage 17/2602

Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

– Änderungsanträge¹, abschließende Beratung und Abstimmung

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) verweist auf die deutlichen Aufstockungen im Innenbereich von 5,3 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf nunmehr 6,2 Milliarden Euro im Haushaltsentwurf, wobei man insbesondere in den Polizeibereich investiere und sich ganz anders ausrichte als in der Vergangenheit. Diese bereits eingeleiteten Maßnahmen müsse man zuerst flächendeckend umsetzen. Auch müsse man bei weiteren Stellenerhöhungen immer auch die Qualität der Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigen, sodass man zunächst einmal den gegenwärtigen Stand von 2.500 Stellen abwarten müsse.

Insbesondere die AfD wolle zusätzlich 100 Millionen Euro mit der Gießkanne verteilen und sich als Kümmererin präsentieren, lasse aber nicht ansatzweise die Gegenfinanzierung erkennen.

Hartmut Ganzke (SPD) kritisiert, Dr. Christos Georg Katzidis gehe mit keinem Wort auf die Änderungsanträge seiner Fraktion mit einem Gesamtvolumen von 4,578 Millionen Euro ein, bei deren Zustimmung die SPD-Fraktion auch dem so geänderten Einzelplan 03 zustimmen könnte; ergäben sich die Änderungsanträge doch hauptsächlich aus Gesprächen mit den Polizeigewerkschaften. Ein Antrag ziele auf mehr Stellen bei den Bezirksregierungen ab, weil man die angekündigten Kohlestrukturhilfen der Bundesregierung auch im nordrhein-westfälischen Haushalt verankern müsse.

Für die Polizei wolle man mehr Mittel für die Aus- und Fortbildung zur Verfügung stellen, weil es hier zu wenige Plätze gebe. Dies gelte insbesondere für die Vernehmung von missbrauchten und traumatisierten Kindern und Jugendlichen.

Für die konsequente Bekämpfung der Clankriminalität sowie der Organisierten Kriminalität sehe man 100 zusätzliche Anwärterstellen vor, wenn auch Polizeigewerkschaften zum Teil wesentlich höhere Stellenzahlen forderten.

¹ Siehe Vorlage 17/2680.

Für die Sicherheit der Polizeikräfte sehe man Schutzwesten vor.

Verena Schäffer (GRÜNE) begrüßt, dass die Landesregierung auch weiterhin an der von Rot-Grün begonnenen Linie festhalte, vor dem Hintergrund gestiegener Haushaltseinnahmen mehr Polizistinnen und Polizisten einzustellen.

Dabei müsse man allerdings immer die Kapazitäten der Polizei für die Ausbildung im Blick behalten. Zwar könne sie die Forderung insbesondere des BDK nach mehr Stellen für die Bekämpfung der Clankriminalität nachvollziehen, auf die die Landesregierung einen Schwerpunkt lege; allerdings stünden die Beamtinnen und Beamten erst in drei Jahren zur Verfügung. Wenn dieses Thema der Landesregierung aber so wichtig sei, müsse sie die erforderlichen Stellen schon zum 1. September 2020 als Nachersatz zur Verfügung stellen. Die anderen Anträge der SPD-Fraktion halte sie für zustimmungsfähig.

Den Einzelplan an sich werde ihre Fraktion ablehnen, was hauptsächlich am neuen Polizeigesetz und den damit verbundenen Kosten beispielsweise für die TKÜ liege, an denen gemessen 800.000 Euro für den Polizeibeauftragten Peanuts seien.

Marc Lürbke (FDP) meint, von einem solchen Haushalt zur Stärkung der inneren Sicherheit habe das Land unter Rot-Grün nur träumen können, sodass ihm viele Vorschläge der Opposition scheinheilig erschienen.

Schwarz-Gelb steigere die Personalansätze in allen Kapiteln, investiere alleine 28 Millionen Euro in die IT und setze die richtigen Schwerpunkte. Man verfolge einen klaren Kurs mit klaren Prioritäten und packe vieles an, was in der Vergangenheit liegen geblieben sei. So stärke man die Sicherheitsbehörden im erforderlichen Umfang sowie mit 1,1 Millionen Euro die freiwilligen Kräfte im Katastrophenschutz durch eine Imagestrategie, um Akzeptanz und Respekt ehrenamtlichen Engagements zu fördern.

49 % der nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürger zeigten sich daher mit der Politik der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zufrieden, wobei hier sogar der höchste Zustimmungswert liege.

Er hält Hartmut Ganzke entgegen, in der letzten Legislaturperiode habe die SPD-geführte Landesregierung 1.300 Neueinstellungen von Anwärtinnen und Anwärtern in dem Wissen als riesigen Erfolg verkauft, dass dies überhaupt nicht ausreiche. Ralf Jäger habe der damaligen Opposition als Innenminister vorgeworfen, immer etwas mehr als die Regierung zu fordern. Genauso verhalte sich nun die SPD-Fraktion und mache sich damit völlig unglaubwürdig. Zudem stimmt er Verena Schäffer zu, mit Blick auf die Ausbildungskapazitäten der Polizei könne man die Einstellungszahlen nicht beliebig erhöhen.

Markus Wagner (AfD) verweist auf die hohen Abbrecherquoten, sodass der Personalbestand bis zum Jahr 2022 selbst nach Angaben der Landesregierung lediglich bei 40.000 stabilisiert werden könne, man also gar keine Personalsteigerungen erkennen könne. Bis 2024 steigere er sich dann auf lediglich 41.000, obwohl die Landesregie-

rung selbst durch dynamische Kriminalitätsphänomene eine deutlich erhöhte Arbeitsbelastung erkenne, denen man mittelfristig mit schrittweisem Personalaufwuchs begegnen müsse. Dabei begünstige doch die Politik das Anwachsen der dynamischen Kriminalitätsphänomene beispielsweise durch nicht gesicherte Grenzen. So fordere der BDK einen Personalbestand von 60.000.

Auch müsse man nun endlich den Einsatz von Tasern klar umsetzen; so hinke man Rheinland-Pfalz deutlich hinterher. In Nordrhein-Westfalen brauche man in jedem Fahrzeug eine solche nicht letale Waffe, denn aufgrund der anwachsenden Kriminalitätsphänomene komme die Schusswaffe immer häufiger zum Einsatz, was durch den Taser unterbleiben könnte.

(Der Ausschuss stimmt über die Änderungsanträge ab. Zum Abstimmungsergebnis siehe Vorlage 17/2680.)

Der Ausschuss stimmt dem unveränderten Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

